M5.5 MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Die Entstehung unserer modernen Demokratie hat eine spannende Geschichte. Eine besondere Rolle spielen dabei die Revolution von 1848/49, die Novemberrevolution 1918/19 und die Weimarer Republik. Aus den Kämpfen für mehr Freiheit, Gleichberechtigung, Teilhabe, Sozialstaat und zivilgesellschaftliches Engagement ist unsere freiheitlich demokratische Grundordnung hervorgegangen. Ihre Geschichte spielte sich nicht nur in Berlin ab. Auch in Lippe, das bis 1947 ein weitestgehend eigenständiges Land war, fanden Veränderungen statt. Wie für alle Werte gilt auch für die Demokratie, dass sie sich im ständigen Wandel befindet. So stellt sich die Frage: „Demokratie(-geschichte): Ende gut, alles gut?“

Mit seinem Anspruch, mehr Demokratie wagen zu wollen, sprach Willy Brandt 1969 aus, was seit Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre von vielen Intellektuellen bereits gefordert wurde: Demokratie müsse über die Politik hinaus die gesamte Gesellschaft betreffen. Sie sei nicht nur als politisches System, sondern auch als Lebensform zu verstehen. Diese Idee übernahm die SPD am Ende der 1960er-Jahre. In dieser Zeit wurde der Begriff Demokratisierung zum Schlagwort derjenigen, die die Gesellschaft zugunsten von mehr Teilhabe, Freiheit und Gleichberechtigung verändern wollten.

Den Vordenkern der Demokratisierung jenseits der Politik ging es darum, Machtverhältnisse in gesellschaftlichen Bereichen wie Betrieb, Kirche, Bildungssystem oder Familie zu hinterfragen und zu überwinden. Damit war nicht gemeint, dass von nun an in all diesen Bereichen Wahlen stattfinden müssten. Vielmehr ging es darum, allen Menschen die Möglichkeit zu geben, an der Gestaltung ihrer Umgebung gleichberechtigt mitzuwirken. Man diskutierte beispielsweise die Stärkung von Betriebsräten gegenüber den Unternehmern oder die Schaffung eines Familienrates anstelle des Vaters, der traditionell alles entschied. Im Kern ging es darum, Debatten zuzulassen und gemeinsam eine vernünftige Lösung auf Basis der besten Argumente zu finden. Diese Vorstellungen stießen aber auch auf Kritik: Zu viel gesellschaftliche Freiheit gefährde den demokratischen Staat. Den Terror der Roten-Armee-Fraktion nutzten diese Kritiker*innen als Bestätigung ihres Standpunkts.

Brandt bekannte sich zu vielen Demokratisierungsideen. Er versprach, mehr Offenheit in der Politik und ermunterte die Bürger*innen zur Teilnahme an politischen Prozessen. Insbesondere das Bildungssystem sollte kritisches Denken und Gestaltungswillen fördern. Aus Reihen der CDU erntete Brandt Kritik: Die Bundesrepublik sei bereits demokratisch genug, was die Erfolge der letzten Jahre beweisen würden. Außerdem seien Staat und Gesellschaft voneinander zu trennen. Die CDU verstand Demokratie als bloße Organisationsform des Staates, nicht als Lebensform. Trotz dieser Kritik wurden in den 1970er-Jahren viele Neuerungen auf den Weg gebracht. Meinungsvielfalt und Mitgestaltung wurden zu wichtigen Werten der demokratischen Gesellschaft.

Text nach: Scheibe, Moritz: Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft. In: Herbert (Hrsg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Göttingen, 2002. S. 245-277.